Wie Berlin verkauft wurde.

BEWAG
1997 verkauft für 1,17 Mrd Euro an: „Southern Company" 21,6%/VIAG 16%/VEBA 13%, Weiterverkauf des 21,6%- Anteils von „Southern Company"an „Vattenfall Europe" im Jahr 2001 für 1,81 Mrd. Euro.
BEWAG Arbeitsplätze in Berlin von 9591 in 1997 auf 5000 in 2003 also: **minus 4600 Arbeitsplätze**

Wasserbetriebe Berlin
1999 Verkauf von 51% an Vivendi und RWE für 1,68 Mrd. Euro. Danach Halbierung der Instandhaltungskosten und **Abbau von 10 000 Arbeitsplätzen. Preissteigerung ab 1.1.2004 um 15%** und Verzicht auf einen großen Teil des Gewinns durch das Land Berlin durch „disproportionale Gewinnverteilung" ab 2004.

GASAG
Verkauf für 0,72 Mrd. Euro an Gaz de France.
Weiterverkauf dees Rohrleitungsnetzes an KG AL München/ Leasinggesellschaft Kordax München für 0,81 Mrd. Euro im Jahr 2000.
Abbau der Arbeitsplätze von 2568 in 1998 auf ca. 1000 in 2003, also: **minus 1568 Arbeitsplätze.**
Erhöhung der Gaspreise seit 1998 um 43,7%.

Bankgesellschaft Berlin
Einverleibung der gesunden Sparkasse in den Konzern Bankgesellschaft im Jahr 1994.
Plünderung der Sparkasse zugunsten von Immobilienspekulanten und Fondsauflegern. 1991 zahlt das Land Berlin an die Bank 1,78 Mrd. Euro Haushaltsmittel, um den Konkurs zu verhindern.
2002 beschließt das Parlament die **„Risikoabschirmung" für 21,6 Mrd. Euro. Jährlich** sind **300 Millionen Euro** im Landeshaushalt als Zahlung an die Bank dafür eingeplant.
Abbau von ca. 4000 Arbeitsplätzen.
Gebührenerhöhungen für die Bankkunden der Sparkasse, Ausdünnung des Filialnetzes.

Bundesdruckerei
Verkauf 2000 an Authentos-Gruppe für 1,02 Mrd. Euro, mehrmaliger Weiterverkauf. 1990 waren 4000 Mitarbeiter beschäftigt, 2002 waren es noch 1690, also: **minus 2310 Arbeitsplätze.**

Frauen

SPD und PDS sind frauenfeidlich

Am 8.März, dem internationale n Frauentag, werden Berlinerinnen gewürdigt und umschmeichelt. Doch zeitgleich laufen die Vorbereitungen für einen Kahlschlag in der Berliner Frauenprojektestruktur. Mehr als zehn Projekte sollen verschwinden.

Die Geschichte von Frauenprojekten ist die Geschichte von Kürzungen, Kämpfen und Katastrophen. Diese Projekte leisten zu Dumpingpreisen, was Staat und Politik nicht finanzieren. Quasi „unter einem Dach" bieten die sozio-kulturellen Frauenprojekte für die Berlinerinnen Beschäftigung, fachliche Beratung, Kinderbetreuung, Kultur, Selbsthilfe, Kurse, Schutz, Wissen und eine einzigartige Gemeinschaftlichkeit.

Diese Projekte verstehen sich als politische Kraftzentren für Frauen, die Stärkung brauchen. Sie setzen sich ein für mehr Chancengleichheit und gegen die wachsende strukturelle Benachteiligung von Frauen: Kinder zu haben ist für Frauen ein Armutsrisiko, Frauen werden verstärkt in Billigjobs gedrängt, Frauen haben bei Bewerbungen schlechtere Karten, weil sie zu jung sind und vielleicht Kinder möchten oder weil sie mit 35 Jahren für alles zu alt sind. Aus dem sehr kleinen Haushaltsanteil von 0,04 Prozent für Frauenpolitik in Berlin, sollen im Doppelhaushalt eine Million Euro wegfallen.

Dazu kommen die Streichungen von öffentlich geförderten Stellen, die für die Projekte eine wesentliche personelle Stütze waren und für die betroffenen Frauen ein wenigstens zeitweilig eine sinnvolle Beschäftigung ermöglichten.

Seit 14 Jahren bietet Frieda erwerbslosen Frauen über öffentlich geförderte Stellen die Chance wenigstens für eine Zeit, wichtige Sozialarbeit zu leisten und sich dabei zu qualifizieren.

Das soll nun dank Hartz alles anders werden. Ab sofort keine SAM-Stellen mehr, die wenigen unterfinanzierten ABM-Stellen mit noch kürzeren Laufzeiten.

Doch die Berliner Frauenprojektestruktur, unterfinanziert, akut gefährdet, aber in ihren Angeboten stark von Frauen jeglichen Alters nachgefragt, ist kein Luxus, den „man" sich leistet, wenn die Haushaltskassen gerade mal stimmen sollten. Wer sie wegkürzt, handelt frauenfeindlich!

Astrid Landero
Projektmanagerin
Frieda-Frauenzentrum

Kultur

Für alle Bezahlbar

Wer eine Zivilisation will, in der nicht Privilegien aus ererbtem Eigentum, Ellenbogenrecht und Spaßkultur dominieren, muss ein kulturelles Leben organisieren, in dem Menschen von Objekten zu Subjekten ihres Lebens zu werden. Das lenkt man nicht vor der Flimmerkiste. Nur ein großzügig ausgestatteter Sektor öffentlicher Kultur und Kommunikation kann das leisten.

Jugendliche finden über das kulturelle Leben einer Stadt oft einen ersten Ansatzpunkt, unabhängig vom Elternhaus zu kommunizieren, neue Bindungen und Diskussionen zu wagen, spielerisch zu erkunden, welche Zukunft sie wollen.

Die beiden Teile Berlins waren einmal für ihr reiches kulturelles Leben bekannt. Die Stadt finanzierte Auftrittsorte, Probenräume, Kostüme, Ausstellungsräume und oft auch Honorare.

Das Publikum zahlte wenig oder keinen Eintritt. Bis in die achtziger Jahre hinein war ein Teil der kulturellen Aktivitäten – etwa die Kulturveranstaltungen der Bibliotheken – attraktiv genug, um Anziehungskraft auf alle Schichten der Bevölkerung auszuüben.

Doch im Zuge der Kürzungspolitik machte die bauliche Vernachlässigung der öffentlichen Kultureinrichtungen diese für Ober- und Mittelschichten unattraktiv, womit sie mehr und mehr als Freizeitrefugium der Armen erscheinen. Allein das ist ein Skandal. Weil ein Großteil solcher Einrichtungen dann dem Kürzungsdiktat zum Opfer fiel, wurde bereits eine ganze Generation Jugendlicher auf passiven Fernsehkonsum verwiesen. Wenn von kulturellen Selbstaktivitäten immer weniger die Rede sein kann, richtet sich auch der passive Kulturkonsum mehr und mehr nach dem Geldbeutel.

Der von Privatkonzernen finanzierte und inhaltlich bestimmte kommerzielle Kulturbereich wächst jedoch. Kulturelle Vielfalt und kulturelle Selbstbestimmung wird damit nahezu unmöglich. Die Teilhabe an „Kulturevents" wird eine Frage des Geldbeutels. Kultur wird damit wieder zum Luxus.

Der Kulturabbau muss daher gestoppt werden. Die Finanzierung der demokratischen kulturellen Struktur von Städten und Kommunen sollte deshalb zu deren unhintergehbaren Pflichten erklärt werden. Der sozio-kulturelle Bereich darf nicht mehr als Teil der Sozialausgaben betrachtet werden, den man je nach Kassenlage auch streichen kann.

Die in örtlichen Kultureinrichtungen tätigen Kulturmanager und die auftretenden Künstler müssen angemessen bezahlt werden. Die Eintrittspreise müssen für alle bezahlbar sein. Teure Kunstschulen sollen nicht die einzigen Orte bleiben, an denen künftige Kunstproduzenten heranwachsen. Ohne Subventionen funktioniert das alles nicht.

Sabine Kebir
Kulturattac Berlin
www.kulturattac.de

Bildung

Feindliche Übernahme der öffentlichen Hochschulen

Die Meinungsmacher in Politik, Wirtschaft und Medien proklamieren ohne Unterbrechung, man komme um Gebühren für das Erststudium nicht mehr herum, weil der Staat die Finanzierung der Hochschulen nicht mehr bezahlen könne.

„Studierende als Kunden" heißt die neue Zauberformel, nur zahlende Kunden dürften mitbestimmen und hätten ein Recht auf Qualität. Doch eine Hochschulbandbreite, die wie ein Markt organisiert ist, hat auch alle Schwächen eines Marktes.

Alles, was nicht rentabel genug ist, entfällt: Kritik, Reflexion, Ökologie, Gleichstellung, Selbstbestimmung, Demokratie. Die feindliche Übernahme der Hochschulen ist aber nicht nur an der Einführung privater Finanzierung über Drittmittel, Studiengebühren oder Studienkonten zu erkennen. Auch die Verkürzung und Umformung von Studiengängen (Bachelor/Master) gehört dazu. Schnell und effizient soll studiert werden, d.h. viel Wissen in kurzer Zeit, dazu Schlüsselqualifikationen und Praxiserfahrung. Dafür brauchten die Studenten Druck und nicht Zeit zum Nachdenken, sagen die Bildungsminister unisono.

Pflichtvorlesungen und zusätzliche Klausuren verdrängen eigenständiges wissenschaftliches Arbeiten und selbstbestimmte Studienstrukturen. Bei 30stündigem Wochenpflichtprogramm bleiben erwerbstätige und erziehende Studierenden auf der Strecke.

Am Ende dieser Entwicklung stehen nach dem Willen der herrschenden Bildungspolitik Eliteuniversitäten, und Studiengebühren auch für das Erststudium. Bildung würde dann wieder zu einem Privileg der Wohlhabenden und Reichen.

Tobias Schulze
Unabhängige Linke

Arbeit

Umverteilung von aller Arbeit statt Arbeitszeitverlängerung

Die jetzt geforderte Arbeitszeitverlängerung ist eine perverse Antwort auf die Notwendigkeit, durch Verkürzung von individueller Arbeitszeit neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zu Arbeitszeitverkürzungen zählen: eine staatlich flankierte Verkürzung der Wochen- und Tagesarbeitszeit; die Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit; die besondere Förderung von Teilzeit für junge Paare; Vorruhestandsregelung; Einstellungskorridore für die jüngere Generation. Das Problem besteht aktuell darin, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften wenig daran interessiert sind, die Arbeitslosigkeit als den zentralen Gegenstand der Tarifverhandlungen anzusehen. Eine Mindestforderung wäre, zumindest das Finanzvolumen von 0,5 % der jeweiligen Tarifangebote (2-4 %) in neue Arbeitsplätze unterschiedlichen Typs umzuwandeln.

Für den öffentlichen und privaten Sektor könnten auf diese Weise jährlich 300 000 bis 600 000 neue Arbeitsplätze in Teilzeit oder Vollzeit gewonnen werden.

Tarifverträge neuen Typs mit Arbeitszeitkoppelung entsprächen den Zeichen der Zeit. Sie minderten den Machtverlust der Gewerkschaften. Jenseits der Lohnprozente-Forderung würden sie für Erwerbslose, Arbeitnehmer und Öffentlichkeit sichtbar werden.

Peter Grottian / Wolf-Dieter Narr / Roland Roth
Komitee für Grundrechte und Demokratie

Internationaler Aktionstag für soziale Gerechtigkeit & Frieden am 20. März 2004

Während im Irak, Afghanistan, Palästina und in vielen anderen Ländern dieser Erde täglich das Töten in schrecklicher Weise zeigt, dass Kriege nur Leid und Elend der Mehrheit der Bevölkerung bringen, wird in Europa und ganz besonders in der Bundesrepublik eine noch stärkere Militarisierung angestrebt, um weltweit Angrifskriege führen zu können.

Wer fremde Länder überfällt und besetzt, wer anderen Völkern mit Gewalt seinen Willen aufzwingt, der kann im eigenen Land keine Demokratie, keine demokratische Mitsprache und Kontrolle gebrauchen.

Keiner der von der NATO bzw. den USA und ihren Verbündeten geführten Kriege - weder die als „humanitäre Intervention" noch die als „Präventivkriege" - hat auch nur eines der Probleme der Länder und Regionen gemindert.

Überall hat sich die Lage der Mehrheit der Bevölkerung verschlechtert, auch in den Staaten, die an den Aggressionen beteiligt waren und sind. Wer immer mehr für weltweite Interventionstruppen ausgibt, der hat am Ende kein Geld für Soziales, für Bildung, für Gesundheit.

In Übereinstimmung mit den Schlussappellen des II. Europäischen Sozialforums in Paris und des Weltsozialforums in Mumbai (Bombay) rufen wir auf gemeinsam einzutreten:

·für den Rückzug der Besatzungstruppen aus dem Irak und die sofortige Rückgabe der Souveränität an die irakische Bevölkerung
·für den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten sowie den Baustopp der Mauer und ihre Abtragung
·für die Unterstützung der israelischen und palästinensischen Bewegungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden
·für ein Europa, das den Krieg verweigert und die internationale Solidarität sowie eine ökologisch sinnvolle, dauerhafte Entwicklung begünstigt
·für eine Welt des friedlichen Ausgleichs und der internationalen Solidarität und gegen die weltweite militärische Aggression.
·für zivile Konfliktprävention und -lösung
·für eine Welt der sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologischen Menschenrechte und gegen die Abhängigkeit von Profitlogik und Konkurrenz.
·für die Ablehnung der Militarisierung der EU und der Fixierung des Wirtschaftsliberalismus in der Europäischen Verfassung
·für ein Europa der Menschen- und Bürgerrechte für alle hier lebenden Menschen, unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, religiösen und politischen Überzeugungen
·für Abrüstung in der Bundesrepublik
·für den Rückzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr

Eine andere Welt, ein anderes Europa ist nötig!

In Berlin versammeln wir uns **am 20.3. um 13 Uhr auf dem Potsdamer Platz** und marschieren dann zur Gedächtniskirche (Breitscheidplatz). Auf der Schlusskundgebung werden u.a. Norman Paech, Winfried Wolf und ein/e Vertreter/in der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost sprechen.

Zu den Erstunterzeichnenden des Aufrufs gehören u.a.: Gruppen der Friedenskoordination Berlin; GEW Berlin; Europäisches Friedensforum – Deutsche Sektion; Deutscher Friedensrat e.V.; PDS Berlin; DKP Berlin; Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.; IG Metall Berlin/Brandenburg/Sachsen; [solid] – Sozialistische Jugend/Bundessprecher/innenrat; VVN-BdA Berlin; Rotdorfn – Unabhängige Linke Jugendzeitschrift aus Berlin; Benjamin Apelojg und Jürgen Hornig, Bezirksverordnete der PDS in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf; Norman Paech, Völkerrechtler; Gabi Zimmer, MdL Thüringer IG BAU Berlin-Brandenburg; Daniel Wucherpfennig, DGB-Bezirksjugendsekretär Berlin-Brandenburg; Evelin Wittich (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Roland Tremper, Bezirksgeschäftsführer ver.di Berlin

Anzeige

Ein anderes Berlin ist nötig
– stadtpolitischer Kongress
Am 4./5./6. Juni 2004
Humboldt-Universität Berlin

Eröffnungsveranstaltung am Freitagabend ab 18h: Wider die Logik des Neoliberalismus. Am Samstag ab 10h zentrale Veranstaltungen und Foren zu Haushaltspolitik, Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Geschlechterfrage, Bildung, Erziehung, Wissenschaft, Demokratie, Widerstand, Bürgerproteste etc.

Privatsache?
Gemeinsame Konferenz zur Bilanz der Privatisierungen in Berlin von DGB-Jugend, Jusos, ver.di Jugend und attac
Am 24.April, DGB-Haus
Keithstr.1-3, U-Bhf Wittenbergplatz
Von 10.30h bis 17h: Foren mit Privatisierungsgegnern und –befürwortern
Anmeldung und Kontakt: 030/4692-132
info@privatsache.de